Ort:	Anne Frank Zentrum, Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin
Datum:	13.06.2025
Uhrzeit / Dauer:	19:30 – 23:15 Uhr

1 Beschlussfassung über Protokollführung, Gäste, Tagesordnung und Verabschiedung von Sitzungsprotokollen 1
2 Begrüßung durch Veronika Nahm 1
3 Antisemitismus / Antidiskriminierung / Antirassismus – Bewusstsein schaffen, Möglichkeiten aufzeigen 1
4 Anträge 3
5 Berichte aus Bezirken, Vorstand, Arbeitsgruppen, Gremien und Ausschüssen 3
6 Verschiedenes 5

1 Beschlussfassung über Protokollführung, Gäste, Tagesordnung und Verabschiedung von Sitzungsprotokollen

Protokollführung: anonymisiert, Lichtenberg

Gäste:

- Wanjiru Njehiah, Antidiskriminierungsbeauftragte für Berliner Schulen, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Veronika Nahm, Direktorin Anne Frank Zentrum
- Derviş Hızarcı, Vorstandsvorsitzender, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA

Mai-Protokoll unverändert angenommen

2 Begrüßung durch Veronika Nahm

- Anne Frank Zentrum in Berlin vor 30 Jahren gemeinnützigen Verein gegründet
- seit 2002 im Haus Schwarzenberg
- bekannt durch RBB Abendschau durch Anne-Frank Tag (am Geburtstag von Anne Frank 12.6.)
- bundesweit tätig
- aktuell findet AF-Wanderausstellung statt (u.a. in JVA)

3 Antisemitismus / Antidiskriminierung / Antirassismus - Bewusstsein schaffen, Möglichkeiten aufzeigen

Antidiskriminierung im Schulgesetz verankert -> Schulgesetz §2 diskriminierungsfreie Bildung und Erziehung

- **Wanjiru Njehiah:**
  - hohe Auslastung aktuell bei Antidiskriminierungsstelle
  - Ansprechpartner für alle Schulen in ganz Berlin
  - bis Ende des Jahres zwei halbe Stellen
  - Aufgaben:
    - Fach & Dienstaufsicht
    - Leitung Antidiskriminierungsgruppe
    - Beratung Schulaufsicht und schul. Führungskräfte
    - Referenten übernehmen Beratung, Monitoring, Evaluierung

- Arbeitsgrundlage:
  - Berliner Verfassung
  - AGG
  - LADG
  - LGBG,
  - LGG
  - Grundgesetz
  - Koalitionsvertrag 2023-2026
- direkt bei der Senatorin angesiedelt
- inhaltliche Schwerpunkte im Handlungsfeld Antidiskriminierung:
  - annehmende Beratung (betroffene Personen, Schulaufsicht, Lehrkräfte)
  - Fachberatung und Begleitung von Schulen
  - strategische Konzepte (z.B. Fortbildungskonzepte, Erstellung von Leitfäden für Rahmen- und Lehrpläne, Beratung der Verwaltung)
  - Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit (staatl. AD-Stellen: LADG Ombudsstelle)
- Zugänge AD-Stelle:
  - telefonisch zu Sprechzeiten
  - E-Mail
  - anonyme Meldung über Online-Kontaktformular
  - Beratung in Präsenz
- Beratungsverlauf:
  - Erstgespräch
  - Intervention
  - Eskalation
  - Handlungsempfehlung und konkrete Maßnahmen
- Statistische Erhebung:
  - soll saubere, differenzierte Datenlage schaffen
  - Defizite im Schulalltag sichtbar machen
  - Inputquellen sind die Beratung, Kontaktformular
  - Ombudsstellen
- Ziel: Transformative Prozesse ermöglichen (Lernprozesse finden, um Diskriminierungsschutz zu verankern)
- Chancen der Diskriminierungsarbeit:
  - Diskriminierungsschutz
  - Vernetzung und Vertrauensarbeit

- **Veronika Nahm:**
  - Fortbildung für Lehrkräfte und Angebote für Schüler*innen (Anne Frank Zentrum arbeitet hauptsächlich mit 5. & 6. Klassen und höher)
  - Schwerpunkt: Antisemitismus
    - Semitismus in Grundschulen (Broschüre) mit Beispielen zu Intervention
    - Prävention bspw. schon in Kitas plus Handreichung für Erzieher*innen
    - Nationalsozialismus (Darstellung des aktuellen Alltags von Juden/Jüdinnen, Erklärung von Verbrechen in kindgerechter Form)
    - Einsätze in Schulen, Fachkonferenzen etc.

- **Derviş Hızarcı:**
  - in Kreuzberg entstanden, jedoch mittlerweile national & international tätig
  - Klga-berlin.org: Handreichungen, Fortbildungen für Schüler*innen/Lehrer*innen

- Ausstellungen (z. B. Toleranzräume), digitales Spiel, Brettspiel (Rätselräume), Kulturangebote
- aktuell wurde Budget-Grundlage von Senat gestrichen und zukünftige Angebote ungewiss
- Eltern und Lehrer*innen machen im Alltag den größten Unterschied im Kampf gegen Antisemitismus an Schulen

- **Fragen:**
  - An AD-Stelle: Gibt es für Schulleitung Einführung in das Thema AD? -> Es gibt keine verpflichtende Qualifizierung für Lehrkräfte, jedoch wird es eine Qualifizierungsreihe für Schulaufsichten geben.
  - An AD-Stelle: Welche Gründe gibt es für ein Scheitern der Beratung, Intervention?
  - Notfallplänen wurden von AD-Stelle überarbeitet – Wer diese zugänglich gemacht? -> 28 Notfallpläne – Diskriminierungs-Notfallplan bestehend aus Interventions- und Präventionsteil; soll Eltern und Schülerschaft zur Verfügung gestellt
  - An AD-Stelle: Werden Diskriminierungsdaten zwingend erhoben? -> Es gibt eine Meldungspflicht, jedoch unterscheidet sich Diskriminierung in der Erscheinungsform (unterschiedliche Dimensionen)
  - Gibt es Best-Practices Ansätze für Diskriminierungssituation? -> Info: Diskriminierung in zwischenmenschlicher Interaktion, strukturelle Ebene (z. B. über Lehrkräfte, Materialien) und institutionelle Ebene (Beschwerde Schulaufsicht) -> Positives Beispiel in dem eine Beschwerde erfolgte; der Fall aufgearbeitet wurde, sodass sich die Schule/Lehrkraft entschuldigte. Zusätzlich erfolgte eine Nachberatung des Schülers plus Eltern. DH: Besprechen/Auseinandersetzen (mit) der Situation hilft in jedem einzelnen Fall, um Verständnis und Bewusstsein zu schaffen.
  - Gibt es eine kompakte Quelle zum Thema Antidiskriminierung für Lehrkräfte? ->z. B. Website der Landesantidiskriminierungsstelle, SenBJF Website zur politischen Bildung
  - An AD-Stelle: Wird eine hohe Frustrationstoleranz benötigt? -> Verwaltungsabläufe waren vorher bekannt hinsichtlich der Entscheidung für die Stelle plus ein zusätzlich gutes Verhältnis zur Gewinnung von Abstand zu den Beratungssituationen
  - Geht die Senatsverwaltung mit dem Thema Antisemitismus (nach dem 7. Oktober) gut um? DH: Der 7. Oktober hat am Umgang nicht viel geändert. Die antisemitische pädagogische Haltung / politische Aufladung ist mehr geworden - hier muss mehr getan werden. Kinder haben noch kein abgeschlossenes Weltbild, sodass ein Lernen hier noch möglich ist

4 Anträge

Mentale Gesundheit in der Schule
Antragstellende: anonymisiertanonymisiertanonymisiertanonymisiert
Zustimmung: 15 Stimmen, Gegenstimmen: 0 Enthaltungen: 0

Beauftragung von anonymisiert als Unterstützung des Vorstands Im Themenbereich Gesundheit im Kontext Schule
Antragstellende: anonymisiertanonymisiertanonymisiertanonymisiert
Zustimmung: 15 Stimmen, Gegenstimmen: 0 Enthaltungen: 0

5 Berichte aus Bezirken, Vorstand, Arbeitsgruppen, Gremien und Ausschüssen

Berichte aus Bezirken
Mitte: letzte BEA-Sitzung „Was können wir gegen Segregation tun?“; Erfahrungen von Schulleitung, Eltern teilten Erfahrungsberichte. Schulausschuss: Diskriminierung; Streichen von 5 Schulstationen ab 01.01.2026 aus haushaltsrechtlichen Gründen; Schwimmbus eingekürzt; Schüler*innen Haushalt

bleibt bei 35 Schulen auf 1,5 T€ gekürzt; nächste BEA Sitzung: Direkt gewählte Abgeordnete eingeladen; Vorbereitung Sitzung mit Senatorin am 23.06.
Friedrichshain-Kreuzberg: nicht anwesend
Pankow: 03.06. Sitzung mit Senatorin (plus Demonstration vor der Schule); Sitzungsinhalt gleich dem vor einem Jahr; Mental-Health-Umfrage zu Bearbeitungen und auszuwerten. 07.07. nächste Sitzung zum Thema Gewalt (Gäste: eventuell LKA), Schwimmbusse: Schwimmbusse werden im Bezirk Pankow eingestellt. Senatorin versicherte, dass Sie den Schwimmunterricht sicherstellen will. 16 ISS Klassen sind noch zu verteilen
Charlottenburg-Wilmersdorf: Gespräche über die VV Zumessung, Handyregelung. BSB: Einstellungsbereiche neu definiert; Vorbereitung auf Meeting mit Senatorin (Aufbau einer Rennstrecke während des Meetings); Schwimmbus-Idee aus Pankow besprochen
Spandau: letzte BEA-Sitzung am 27.05 Schulaufsicht Frau Jarling aufgrund einer Messerattacke in einer Schule. Gute Zusammenarbeit des Krisenteams. Mental-Health-Sitzung mit Johannis-Stift. 24.06. Sitzung mit der Senatorin – wird gerade vorbereitet. Antrag für Schulassistenzen – Verträge sind nicht zustande gekommen. Hierfür gab es keine Begründung. Feierliche Eröffnung eines Schulerweiterungsbaus.
Steglitz-Zehlendorf: letzte Sitzung mit Senatorin und Torsten Kühne – es gab sehr viel Unverständnis; viele offenen Fragen/Themen blieben ungeklärt (Übergang Oberschule, Schulbau, VV Zumessung, Digitalpakt 2). BEA nächsten Montag zum Thema Schüler*innen Haushalt
Tempelhof-Schöneberg: Medienkompetenz AG wurde gegründet. Nachricht an Enno für Vernetzung. BSB Vorsitzender ist zurückgetreten; Vorbereitung Sitzung Senatorin; letzte Sitzung zu Facility Management; Gelder vom Schüler*innen Haushalt bedroht
Neukölln: letzte BEA Sitzung wurde abgesagt. Protokoll liegt noch nicht vor. Nächster BEA 24.6.
Treptow-Köpenick: nicht anwesend
Marzahn-Hellersdorf: letzte BEA Sitzung zu Notfall- und Krisenpläne (Gast SIBUZ und Polizei) – in jeder Schule gibt es Krisenteams, die regelmäßig fortgebildet werden. Die Frage „Was passiert in einem Amoklauf“ wurde gestellt. Polizei gab Hinweise zu diesem Krisenfall. Bei Fehlalarm rückt auch SEK, doch eine Nachbetreuung aller Betroffenen wird sichergestellt. Polizei gibt Infos über Internet und Social Media, Eltern soll erst nach Anruf und Klärung der Lage zur Schule kommen und die Kinder am besten nicht in der Schule anrufen
Lichtenberg: letzte BEA-Sitzung zu Schulsanierung und Schulneubau mit Jahresübersicht etc., gestrige Sitzung mit Senatorin fiel aus und wird am 19.06. nachgeholt, Antrag zum Fortbestand des Schüler*innen Haushalt
Reinickendorf: 02.06. letzte BEA Vorstellung Schüler*innen Haushalt, Nachbereitung Sitzung vom 5.5. (ohne Senatorin), Vorbereitung des Sitzung Schule & Vandalismus

Bericht Vorstand:

- Übergabe der ISS am Breiten Luch (ISS) in Lichtenberg
- Richtfest in Spandau Grundschule
- Treffen GEW -> dauerhafter Streik wird kritisch gesehen; LEA möchte Vermittler sein zwischen Senatorin und GEW
- Jour Fix mit Dr. Kühne: Bedarfsprognose (für Schülerprognosen) anhand von Geburtszahlen, bekannte Wanderungen -> Bedarf wird nicht abflachen -> jeder Bezirk muss 1-2 ISS Klassen eröffnen um Defizit entgegenzuwirken
- Stellen für Anti-Mobbing & Antidiskriminierungsstellen sind freigegeben
- Norman nahm am pädagogischen Fachtag in NRW teil
- Vernetzungsabend LSA & „mehr als lernen“: Vorstellung verschiedene Projekte z. B. berlinweite Schülerzeitung
- Vorstandtreffen mit Vorbereitung nächste Sitzung, aktuelle Termine
- BSA Kongress: kurzfristige Absage Senatorin (2-tägiger Kongress)

- neue Logo-Sätze (50 Jahre LEA) auf Social Media -> drei mögliche Termine für Festakt, Senatsverwaltung unterstützt bei Organisation; es soll im Abgeordnetenhaus oder Roten Rathaus stattfinden
- 12.07 Schultüten packen – es werden noch Sponsoren benötigt

6 Verschiedenes

Nächste Sitzung

- 11.07. Empathie macht Schule. Grundschule im Gutspark

Das Anne Frank Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam. Mit Ausstellungen und Bildungsangeboten erinnert das Zentrum an Anne Frank und ihr Tagebuch. Es schafft Lernorte, in denen sich Kinder und Jugendliche mit Geschichte auseinandersetzen und diese mit ihrer heutigen Lebenswelt verbinden. Sie lernen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie zu engagieren. Alle Angebote finden sich auf der Webseite des Anne Frank Zentrums: www.annefrank.de

Wenn Sie einen Überblick gewinnen möchten über die **bundesweite Arbeit des Zentrums** im vergangenen Jahr und über die engagierten Mitstreiter*innen finden Sie hier den Jahresbericht 2024: https://www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Wir_Ueber_Uns/Dokumente/AFZ_Jahresbericht_2024_WEB.pdf

Das Zentrum zeigt in Berlin die **ständige Ausstellung »Alles über Anne«**. Die Ausstellung ist biografisch, interaktiv und inklusiv. Sie eröffnet insbesondere Kindern ab 10 Jahren und Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Perspektiven sowohl auf die Geschichte des Nationalsozialismus als auch auf aktuelle gesellschaftliche Fragen einzubringen. Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung werden ebenso beleuchtet wie Fragen von Identität und Zugehörigkeit.
Hier können Sie sich in einem kurzen Film durch die Ausstellung führen lassen:
https://www.annefrank.de/ausstellung-berlin/inhalte
Und hier finden Sie verschiedene pädagogische Angebote für Gruppen in der Berliner Ausstellung:
https://www.annefrank.de/ausstellung-berlin/begleitangebote/schulklassen-jugendgruppen

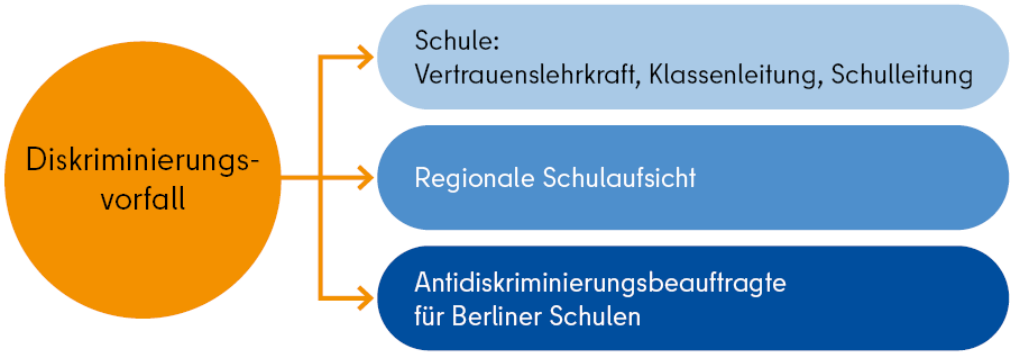
Das Zentrum bietet **Fortbildungen für das pädagogische Personal an Schulen** an, beispielsweise zu folgenden Themen:
-Antisemitismus – erkennen, verstehen, handeln
-Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule
-Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus
Eine Übersicht über alle Fortbildungen finden Sie hier:
https://www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Bildungsarbeit/Dokumente/Fortbildungen/AFZ_Multi_online_200dpi_100624.pdf

Das Zentrum bietet verschiedene **Handreichungen für das pädagogische Personal an Schulen** an, beispielsweise zu folgenden Themen:
-Antisemitismus-Geschichte und Aktualität
-Umgang von Antisemitismus in der Grundschule
-Lebendige Bibliotheken in der historisch-politischen Jugend- und Erwachsenenbildung
Die Handreichungen stehen als PDF zum Download zur Verfügung oder können in gedruckter Form bestellt werden: https://www.annefrank.de/onlineshop

Das Zentrum bietet verschiedene **Lernmaterialien für Kinder und Jugendliche** an, beispielsweise zu folgenden Themen:
_Wissens-Check: Jüdisches Leben und Antisemitismus (digital)
_»Das Kurierkomplott«. Über Antisemitismus in Verschwörungserzählungen (digital)
_Flucht im Lebenslauf. Biografisches Lernen mit Jugendlichen (digital)
_»Nicht in die Schultüte gelegt. Schicksale jüdischer Kinder 1933-1942 in Berlin« (analog)
Einen Überblick über alle Lernmaterialien finden Sie hier:
https://www.annefrank.de/bildungsarbeit/lernmaterialien

HANDLUNGSKETTE BEI DISKRIMINIERUNGSVORFÄLLEN

Für den Umgang mit Diskriminierungsvorfällen ist ein standardisiertes Verfahren vorgesehen, nach dem es die Möglichkeit gibt, sich an die in der Hierarchie nächsthöhere Instanz bzw. auch direkt an die Antidiskriminierungsbeauftragten zu wenden. Diskriminierungsvorfälle können sonst auch über die Website anonym gemeldet werden.



Die Antidiskriminierungsbeauftragte für Berliner Schulen

Die Antidiskriminierungsbeauftragte für Berliner Schulen berät allparteilich und vertritt dabei einen intersektionalen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen berücksichtigt. Einem horizontalen Ansatz folgend ist sie zudem für jede Form von Diskriminierung in seinen Verschachtelungen ansprechbar und arbeitet nach einem stärkenden und lösungsorientierten Beratungsansatz.

Die Antidiskriminierungsbeauftragte

- ist Ansprechperson für Betroffene bei Meldungen und Beschwerden mit Bezügen zu Diskriminierungen,
- bietet Betroffenen einen geschützten Rahmen für die Verarbeitung von Diskriminierungsvorfällen,
- führt eine Erst- und Verweisberatung für Ratsuchende durch,
- bietet eine kollegiale Beratung für Schulaufsichten und anderes pädagogisches Personal in der Bearbeitung von Diskriminierungsvorfällen,
- dokumentiert Beschwerden mit Bezügen zu Diskriminierungen,
- begleitet und berät Schulen in diskriminierungskritischen Veränderungsprozessen fachlich,
- vernetzt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beteiligten, die im Handlungsfeld Antidiskriminierung tätig sind.

← **Weitere Informationen**

Landeselternausschuss Berlin
bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

BERLIN

Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie • Bernhard-Weiß-Str. 6 • 10178 Berlin

An die
Mitglieder des Landeselternausschusses Schule

Vorsitzender
Norman Heise

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

E-Mail lea@senbjf.berlin.de
Internet www.leaberlin.de

Datum 14.06.2025

Beschluss vom 13. Juni 2025

Der Landeselternausschuss hat in seiner Sitzung am 13. Juni 2025 folgenden Beschluss gefasst:

Beauftragung von Imke Decius als Unterstützung des Vorstands im Themenbereich Gesundheit im Kontext Schule

Imke Decius unterstützt den Vorstand im Themenbereich Gesundheit im Kontext Schule. Entsprechende Termine werden durch mindestens ein Vorstandsmitglied begleitet. Imke Decius berichtet dem Gremium über wahrgenommene Termine und entsprechende Entwicklungen.

Zertifikat seit 2011
audit berufundfamilie

Landeselternausschuss Berlin
bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

BERLIN

Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie • Bernhard-Weiß-Str. 6 • 10178 Berlin

An die
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
Öffentliche Gesundheitsdienste der Bezirke
Kassenärztliche Vereinigung Berlin
Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie im Abgeordnetenhaus

Vorsitzender
Norman Heise

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

E-Mail lea@senbjf.berlin.de
Internet www.leaberlin.de

Datum 14.06.2025

Beschluss vom 13. Juni 2025

Der Landeselternausschuss hat in seiner Sitzung am 13. Juni 2025 folgenden Beschluss gefasst:

Mentale Gesundheit an Schulen

Der Landeselternausschuss Schule hat sich in seiner Sitzung am 09. Mai 2025 ausführlich und über verschiedene Ebenen hinweg mit dem Thema „Psychische Belastung und Wege und Möglichkeiten zur Erhaltung und Verbesserung der mentalen und psychischen Gesundheit bei Schüler*innen“ befasst. Im Austausch mit den Referent*innen haben wir zahlreiche Facetten des Themas beleuchtet, von Studienlagen über Unterstützungssysteme bis hin zu der Frage, was Schüler*innen hierzu fordern. Im Ergebnis fordert der Landeselternausschuss:

Bedarfsgerechte Bereitstellung und bessere Steuerung der Verteilung der Praxen bzw. der Zulassung von Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen

In der Betrachtung fällt uns auf, dass der aktuelle Bedarf an psychotherapeutischer Unterstützung nicht mit dem derzeitigen Angebot in Deckung gebracht werden kann. In Bezirken mit einer statistisch höheren psychischen Belastung von Schüler*innen stehen tendenziell weniger Praxen und somit weniger Therapiemöglichkeiten zur Verfügung. Zudem sind die Sprechzeiten nicht ausreichend auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgestimmt. Ergänzend können "digitale Sprechstunden" als Erstkontakt das Angebot für Schüler*innen mit Gesprächsbedarf niederschwellig erweitern und dazu beitragen, die Vermittlung von bedarfsgerechten Therapieangeboten zu unterstützen.

Wir fordern daher eine gezielte Steuerung und Neuberechnung der notwendigen Sitze zur Absicherung eines bedarfsgerechten Angebotes psychotherapeutischer Versorgung für Kinder- und Jugendliche. Diese Steuerung hat auf Grundlage einer korrekten Bedarfserfassung unter Einbeziehung der Bedarfe in den Schulen zu erfolgen und soll im Zusammenwirken der SenBJF, SenWGP, dem ÖGD

Zertifikat seit 2011
audit berufundfamilie

und der KV Berlin erreicht werden. Hierfür soll das Engagement der beteiligten im Runden Tisch Kindergesundheit intensiviert werden. Zudem sollen Anreize für die Niederlassung von Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen in Bezirken mit besonders hohen Bedarfen geschaffen werden.

Pilotprojekte zu Gruppentherapien und Nutzung von personellen Ressourcen während der Ausbildung bzw. des Studiums

Das Potenzial von Angeboten für Gruppentherapie ist in unserer Wahrnehmung bei weitem nicht ausgeschöpft. Daher muss geprüft werden, wie diese Möglichkeit weiter ausgebaut werden kann. In Zeiten von Personal- und Fachkräftemangel ist es in vielen Bereichen bereits heute üblich, die personellen Ressourcen durch den Einsatz von Auszubildenden oder Studierenden zu unterstützen. Im Bereich der Psychologie bzw. Psychotherapie scheint dies noch die Ausnahme zu sein. Hier fordern wir eine Diskussion darüber, wie vorhandene personelle Ressourcen bereits während der Ausbildung oder im Studium besser genutzt werden können. Uns erscheint dieser Weg als Gewinnbringend sowohl für die Schülerinnen und Schüler, die diese Angebote in der Folge nutzen können also auch für die Studierenden und Azubis, die - selbstverständlich verbunden mit entsprechender Supervision – dabei bereits Praxiserfahrungen sammeln können.

Stärkung der Psychologieanteile in der Lehrkräftebildung

Bildung ist auch Beziehungsarbeit. Damit das gut gelingt, müssen in der Lehrkräftebildung einschließlich der Ausbildung von Quer- und Seiteneinsteigenden die Anteile zur psychologischen Qualifizierung wieder ausgebaut werden. Wir verweisen an dieser Stelle auf eine entsprechende Stellungnahme der Deutsche Gesellschaft für Psychologie e. V. unter https://www.dgps.de/schwerpunkte/stellungnahmen-und-empfehlungen/stellungnahmen/details/psychologieanteile-in-der-lehrkraeftebildung-ausbau-statt-abbau/

Ausbau der Schulpsychologie und Integration als Bestandteil von multiprofessionellen Teams

Die Stellen in den SIBUZ sind zuletzt ausgebaut worden, bleiben aber weiterhin deutlich hinter den Bedarfen zurück. Das zeigen nicht zuletzt sehr lange Rückmelde- und Wartezeiten für entsprechende Beratungstermine. In Schulen mit erhöhten Bedarfen müssen Schulpsycholog*innen dauerhaft verfügbar sein, und zwar zusätzlich zum Lehrpersonal und nicht nur im Rahmen von Stellenumwandlungen. Daher fordern wir die SenBJF auf, die Voraussetzungen für eine verstärkte Ausstattung der Schulen mit Schulpsychologie zu schaffen und an den entsprechenden Universitäten über dieses Berufsfeld stärker zu informieren.

Brücken über die Sektoren Gesundheit und Bildung schlagen und Informations- und Präventionsangebote ausbauen

Die Bereiche Gesundheit und Bildung arbeiten noch nicht ausreichend Hand in Hand. Psycholog*innen sollen in enger Zusammenarbeit mit Lehrkräften und weiteren Fachkräften an einer systemischen Schulentwicklung mitwirken und frühzeitig intervenieren können, um psychische Belastungen möglichst wirksam zu verhindern. Dabei sollten in der Kooperation auch zentrale lernpsychologische

Erkenntnisse beachtet werden - beispielweise zu Noten oder anderen Formen von Rückmeldungen - mit dem Ziel, Lernerfolge zu stärken und psychische Belastungen zu minimieren.

Informations- und Präventionsangebote zur mentalen/psychischen Gesundheit sind den Schüler*innen nicht oder nicht ausreichend bekannt. Die jeweils zuständigen Senatsverwaltungen sowie der ÖGD in den Bezirken werden aufgefordert, sich intensiver abzustimmen, um vorhandene vorbeugende Angebote den Schüler*innen besser, adressatengerechter und auf den passenden Kommunikationswegen bekannt zu machen. Um dazu ein geeignetes und möglichst berlinweit einheitliches Konzept zu entwickeln, sollte im Rahmen des Runden Tisches Kindergesundheit eine eigne Arbeitsgruppe zum Thema ins Leben gerufen werden. Je früher Bedarfe erkannt und Hilfen angeboten werden, desto wirksamer sind auch einfache Unterstützungsmaßnahmen. Eine tatsächlich funktionierende Kommunikation ist hierfür zentral.

Erfassung zu psychischer/mentaler Gesundheit der Schüler*innen

Die zuständigen Senatsverwaltungen für Bildung und Gesundheit sowie der ÖGD sollen unter Beteiligung geeigneter Expert*innen und Vertreter*innen des Landesschülerausschusses und Landesellternausschusses Schule eine Befragung zur Erfassung der psychischen/mentalen Gesundheit der Berliner Schüler*innen entwickeln. Die Befragung soll einmal pro Jahr stattfinden. Eine Beteiligung ist freiwillig und erfolgt anonym. Die Ergebnisse sollen helfen, die Angebote bedarfsgerecht anzupassen und weiterzuentwickeln.